

Thomas Pikettys Thesen zur Verbreitung der „nativistischen“ Rechten in der westlichen Welt

Es geht in dem Buch „Kapital und Ideologie“ von Thomas Piketty um eine Geschichte der sozialen Ungleichheit – um Sklavenhaltergesellschaften, um Ständegesellschaften, um Kolonialgesellschaften – vor allem aber um die Rolle des Eigentums in von Piketty so genannten Eigentümergesellschaften, um Gesellschaften also, die sich über die Verteilung der Rechte am Eigentum strukturieren.

Das Buch umfasst 1312 Seiten. Im vierten Teil des Buchs – er beginnt auf Seite 899 – erörtert Piketty dann u. a. Fragen, die uns heute hier interessieren. Er will – jedenfalls auch – erklären, warum sich die extreme Rechte in der westlichen Welt gegenwärtig verbreitet.

1. Als wesentlichen Ausgangspunkt der von Piketty beschriebenen Entwicklung versteht der Autor den Zerfall des Warschauer Pakts. Dies habe zur Globalisierung und zur Verbreitung des Neoliberalismus beigetragen. Man habe seither nicht mehr damit rechnen müssen, dass das Wirtschaftsmodell der Staaten des Warschauer Pakts als Konkurrenz zum kapitalistischen System wahrgenommen werden könne.

2. Dies habe zunächst einmal zu einem Wandel der Struktur der politischen Orientierungen geführt. Das alte Links-Rechts-Schema habe an Geltung eingebüßt. Die neue Struktur stellt Piketty entlang zweier Dimensionen dar: internationalistisch vs nativistisch und egalitär vs. inegalitär.

Unter nativistisch versteht Piketty eine politische Orientierung, die auf Abgrenzung der als homogenes Volk verstandenen Gesellschaft von Fremden abzielt.

(1) Als internationalistisch-egalitär stellt Piketty die Orientierung der Linken, als (2) internationalistisch-inegalitär die Orientierung der Liberalen, als (3) nativistisch-egalitär die Orientierung der neuen extremen Rechten und (4) als nativistisch inegalitär die Orientierung des konservativen Bürgertums dar.

Die Orientierungen (2), (3) und (4) haben sich Piketty zufolge wenig gewandelt. Gewandelt habe sich dagegen die linke Orientierung. Diese Orientierung habe sich entmaterialisiert. Es gehe hier weniger um sozial-ökonomische Gleichheit. Wesentlichere Themen für sie seien Antirassismus, Feminismus, Antihomophobie usw. Die Linke betreibe also vor allem Identitätspolitik.

3. Dies sei auch ein Ergebnis der erfolgreichen sozialdemokratischen Bildungspolitik. Viele Linke seien über akademische Studien, die Linken früher verwehrt worden seien, zu Wohlstand gekommen. Ihnen seien die materiellen Probleme ziemlich fremd geworden.
4. Auf der anderen politischen Seite habe sich die – wie Piketty es ausdrückt – kaufmännische Rechte etabliert. Ihre alten Orientierungen hätten sich kaum verändert. Sie setzten auf geschäftliche Leistungen (957). Attitüden dieser Art würden in der neuen, durch Globalisierung, freie Kapitalströme usw. gekennzeichneten Welt immer erfolgreicher. Der Wohlstand der kaufmännischen Rechten sei enorm gestiegen.
5. Entstanden seien so zwei wohlhabende Eliten: Die kaufmännische Rechte und – hier macht Piketty eine Anleihe bei Begriffen, mit denen die indische Sozialstruktur beschrieben wird, in der die – meist gelehrten – Brahmanen die oberste Kaste darstellten – die brahmanische Linke. Sie glaube an persönlichen Einsatz und schulische Leistungen (957). Gehe es um Politik, interessiere sie sich – wie gesagt – vor allem für identitätspolitische Fragen.
6. Die klassische Klientel der Linken, Angehörige unterer Schichten, fühle sich wegen dieser Entwicklung von der Linken, vor allem von der Sozialdemokratie verlassen. Sie empfänden sich als Abgehängte. Angesichts der politischen Großwetterlage und des Umgangs der Sozialdemokratie mit ihnen verbreite sich unter ihnen politische Hoffnungslosigkeit (1021)
7. Diese Schichten würden empfänglich für immigrationsfeindliche Diskurse und nativistische Ideologien. Solche Neigungen würden von rechten Parteien genutzt. Attraktiv seien diese Parteien für die genannte Klientel, weil sie innenpolitisch auf soziale Gleichheit setzten und so die Hoffnungen der Abgehängten auf sozial-ökonomischen Aufstieg oder doch auf Vermeidung sozialen Abstiegs schürten. Gestärkt werde diese Hoffnung durch den von diesen Parteien verbreiteten Hass auf Ausländer, die als Konkurrenten um Arbeitsplätze, aber auch als Feinde unserer Kultur dargestellt würden, und durch den Hass auf „die da oben“, die Eliten, denen Heuchelei vorgeworfen werde (1083). Diesen Gruppierungen bescheinigt Piketty nativistisch-egalitäre Orientierungen. Piketty sieht so die AfD, den Rassemblement National von Le Pen, die polnische PiS-Partei, die Schwedendemokraten, die Fratelli, Teile auch der us-amerikanischen Republikaner usw.
8. Eine der Hauptursachen für die hier skizzierte Entwicklung ist danach also die Zunahme sozial-ökonomischer Ungleichheit. Eine von Piketty immer wieder ins

Spiel gebrachte Möglichkeit, ihr entgegen zu wirken, bestehe in einer Politik der progressiven Steuern auf Vermögen und Einkommen. Eine solche Politik würde weitergehende sozialpolitische, bildungspolitische und Infrastrukturmaßnahmen ermöglichen. Steigerungen von Versicherungs- und Versorgungsleistungen, Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und des öffentlichen Verkehrswesens, der Abbau finanzieller Hürden, die die Aufnahme von Studien erschweren könnten, wären möglich. Damit würde in gewisser Weise die soziale Ungleichheit mehrfach bekämpft. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede sowie die Unterschiede der Lebenschancen verringerten sich. Und die Möglichkeiten sozialen Aufstiegs würden besser. Nach Piketty hat aber eine solche Politik gegenwärtig wenig Chancen auf Verwirklichung. Das Hauptproblem bestehe in dem Egoismus der Nationen. Das europäische Projekt setze gegenwärtig „grundsätzlich auf den Wettbewerb zwischen Territorien und Personen und den freien Verkehr von Gütern, Kapital und Arbeitern ohne den Versuch, gemeinsame Instrumente einzuführen, die größere soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit sicherstellen zu können“, schreibt Piketty (1055). Auf der staatlichen Ebene lege dies ein Steuerdumping nahe. So gewinnen die Staaten Investoren (1127 ff.).

9. Wenig Hoffnung verbindet Piketty mit der Politik der europäischen Institutionen – dem Europarat, der europäischen Kommission, dem Europaparlament. Zunächst einmal sei darauf hinzuweisen, dass die Etats, die diese Institutionen zu verwalten hätten, eher bescheiden seien. Unabhängig aber davon seien die Regeln der Willensbildung wenig geeignet, nationalen Egoismen – die sich etwa im Steuerdumping zeigten – entgegen zu wirken. „Sobald es um gemeinsame Fiskal, Haushalts- und Sozialpolitik geht, und vor allem, wenn die Staatsfinanzen der Mitgliedsstaaten berührt werden, gilt die Regel der Einstimmigkeit. Das heißt konkret, dass jeder Staat ein Vetorecht besitzt“, schreibt Piketty (1096). Ein Land wie Luxemburg etwa könne über Steuerdumping den anderen Nationen die Möglichkeiten, Steuern einzuziehen, beeinträchtigen.

10. Piketty empfiehlt als Lösung der von ihm beschriebenen europäischen Probleme die parlamentarische Demokratie und damit die Orientierung am Mehrheitsprinzip. Das solle vor allem auch für die Regeln der Schuldenbearbeitung gelten. Sie müssten flexibel und abgestimmt auf die jeweilige Lage eingesetzt werden.

Piketty ist sich aber darüber im Klaren, dass gegenwärtig noch wenig dafür spricht, dass man seiner Empfehlung folgt. Vielleicht muss die Gefahr von rechts noch größer werden.